Freiwilligen" wollten die Mohammedaner mit Knüppeln zur Teilnahme am Swadeshi zwingen; in Jamalpur kam es tatsächlich um eine englische Tuchmütze zum Kampf, bei dem die Hindus den kürzeren zogen. Sie zwangen den Stationsvorsteher, einen Extrazug nach Mymensingh zu schicken, um Verstärkung zu holen; aber mit dem Zuge kam das Militär. Diese „Schlacht bei Jamalpur" wurde von den Agenten der „Volksber-einigung" dann in der Eingeborenenpresse so blutig aufgemalt, daß Mr. Keir Hardie darüber in Krokodilstränen ausbrach. Der Nawab von Dacca sollte auf Anstiften der Engländer ein mohammedanisches Massaker unter den Hindus veranlaßt haben. Tatsächlich hatten ein Greis und ein Knabe beim Plündern der mohammedanischen Läden das Genick gebrochen. Wenn irgend etwas, so geht aus dieser Travestie einer Home Rule-Bewegung hervor, daß die Hindus für die Befreiung und Mr. Keir für die Rolle des Befreiers nicht reif sind.

Deutsches Reich.

Leipzig, 6. Oktober.

* **Die Zivilprozeßreform.** Der „Reichsanzeiger" druckt in Beilagen einen Entwurf des Gesetzes zur Reform des Zivilprozeßrechts ab, so wie es voraussichtlich dem Bundesrat vorgelegt werden wird. Es umfaßt Aenderungen des Gerichtsverfassungsgesetzes, der Zivilprozeßordnung, des Gerichtskostengesetzes und der Gebührenordnung für Rechtsanwälte. Eine ausführliche Begründung, welche die Absichten und die Tragweite der durch den Entwurf eingeleiteten Reform erkennen läßt, ist dem Entwurfe beigefügt. Wir kommen darauf zurück.

* **Das neue Weingesetz** wird, wie wir aus guter Quelle hören, kaum noch in diesem Winter an den Reichstag gelangen. Das Reichsamt des Inneren sammelt zurzeit durch Anfragen bei den Bundesregierungen Material, um den Wortlaut des Gesetzes fixieren zu können. Der Referent, der das neue Weingesetz entwerfen soll, ist bis Ende dieses Monats vereist; erst nach seiner Rückkehr soll mit der Redaktion des Entwurfs begonnen werden.

* **Zum Apothekengesetzentwurf.** Von den bald nach Fertigstellung des Entwurfs zur Aeußerung aufgeforderten Instanzen sind, wie die „Nat.-Ztg." hört, die Gutachten der Ober- bezw. Regierungspräsidenten nahezu vollzählig eingegangen und man rechnet an maßgebender Stelle damit, daß, nachdem das übrige noch ausstehende Material — Verhandlungen der Apotheker- und Konzessionsanwärterkongresse in Eisenach bezw. Düsseldorf, Sitzungsberichte des Apothekerkammerausschusses, Handelskammeräußerungen — im Laufe nächster Zeit voraussichtlich vollzählig vorliegt, die Durchsicht desselben noch vor Ablauf des Jahres beendet sein dürfte. Es werden alsdann erneute kommissarische Beratungen der beteiligten Stellen insbesondere darüber stattfinden, inwieweit an der Hand der eingegangenen Berichterstattung eine Umarbeitung oder teilweise Abänderung des Gesetzentwurfs empfohlen werden kann.

* **Reformen im Postbetrieb** Die offiziöse „Deutsche Verkehrszeitung" gibt bekannt, daß die Postverwaltung die Uebertragung weiterer seither von Beamten wahrgenommenen Dienstverrichtungen an Unterbeamte beabsichtigt. Dazu wird uns von informierter Seite geschrieben: Diese Mitteilung enthält, wie wir erfahren, ein Programm der Postverwaltung, das der in den leitenden Kreisen zutage getretenen Erkenntnis entspringt, wonach die Geschäfte der eigentlichen Assistenten (Schalterdienst, Annahme und Auszahlung von Postanweisungen, Markenverkauf, Briefsortieren usw.) viel zu hoch bezahlt sind, und daß diese Geschäfte, wie in anderen Kulturländern, Personen mit dem halben Gehalt und viel geringerer Bildung übertragen werden könnten. Zahlt doch bei uns der Geldbriefträger große Summen auf Postanweisungen aus und nimmt solche an; warum sollte nicht ein anderer Beamter auch am Schalter Postanweisungsgelder annehmen und auszahlen können? Der Umwandlungsprozeß soll sich nur allmählich und unter Schonung der persönlichen und Standesinteressen der Beamten vollziehen. Die mittleren Beamten, die bisher auf den betreffenden Posten saßen, sollen als Aufsichtsorgane oder im Verwaltungswesen tätig werden. — Wir geben diese Nachricht mit aller Reserve wieder. — Nach einer Meldung des „B. T." soll am 7. Oktober eine Konferenz aller Oberpostdirektoren in Berlin stattfinden. Es soll dabei beraten werden über eine neue Regelung der Beamtenverhältnisse. Unter anderem verlangen die Direktoren Gleichstellung mit den Räten, die Inspektoren und Oberpostpraktikanten höhere Besoldung, die Obersekretäre, soweit sie früher der höheren Laufbahn angehörten und sich zu Unrecht in die mittlere Laufbahn degradiert fühlen, Wiederangliederung an die höhere Karriere, die Assistenten Gleichstellung mit den Sekretären der Lokalverwaltung in Preußen, die Unterbeamten und Arbeiter finanzielle Aufbesserung usw. Alle diese Fragen will der Staatssekretär zu einer möglichst baldigen Lösung bringen.

* **Die Dresdner Kommunalpolitik.** In der Dresdner Stadtverwaltung scheint, wie schon ein von uns veröffentlichtes Telegramm meldete, nicht alles zu gehen, wie es gehen sollte, und über die Ursachen und Wirkungen dieses Mißverhältnisses sind im Rate selbst Differenzen höchst persönlicher Natur ausgebrochen. Von unterrichteter Seite wird uns geschrieben: Den Mittelpunkt der Meinungsverschiedenheiten zwischen den Herren Oberbürgermeister Beutler und Bürgermeister Leupold bildet nicht, wie man etwa vermuten sollte, die Frage der Steuererhöhung selbst, über die man sich in allen Kreisen der Bürgerschaft gewaltig aufregt, sondern die anscheinend für den Augenblick weit wichtigere Frage, wem die Verantwortlichkeit für die Notwendigkeit dieser unangenehmen Maßnahme zugeschoben werden soll. Ein Artikel der „Dresdner Nachrichten", nach dessen Urheberschaft man nicht gerade weit zu suchen braucht, läßt den Herrn Oberbürgermeister als weisen sparsamen Hausvater erscheinen und schiebt alle Schuld an der mißlichen Finanzlage der Residenzstadt dem städtischen Finanzamt zu, an dessen Spitze Herr Bürgermeister Leupold steht. Es heißt da:

> In unterrichteten Kreisen ist es kein Geheimnis, daß Oberbürgermeister Beutler schon seit Jahren öfters die größten Schwierigkeiten gehabt hat, gegen allzugroße Nachsichtigkeit der Finanzabteilung des Rates in bezug auf Bewilligungen zu kämpfen. Ja, es soll dem Stadtoberhaupt mitunter geradezu unmöglich gemacht worden sein, sobald der einzelne Ressortchef und der Vorstand der Finanzabteilung einig sind, im Kollegium mit seiner Abwehr durchzudringen. Ein gewisses allzu liebenswürdiges Entgegenkommen im Finanzamte soll öfter dahin geführt haben, daß niemand mehr ein Bedenken hat, Forderungen dort geltend zu machen, und daß solche Forderungen höchstens bedingungsweise abgelehnt, meistens aber bewilligt werden. Der Gesamtrat wird hierdurch vielfach vor eine vollendete Tatsache gestellt, und es ist dann oft sehr schwer, in einer kollegialen Beratung Beschlüsse der Finanzabteilung und der Ausschüsse wieder umzustoßen. Es dürfte nach solchen Erfahrungen sicherlich nur recht und billig sein, wenn der steuerzahlende Bürger Aufklärungen über diese Verhältnisse und eine größere Gewährleistung für ein weniger „liebenswürdiges" Finanzgebaren auf dem Rathause verlangt. Nur ganz eingeweihten Kreisen ist es möglich, diese Sachlage voll und ganz zu übersehen, aber in der Bürgerschaft wird man sich schwer dazu entschließen, Herrn Oberbürgermeister Beutler als den Leiter des Ratskollegiums, dessen Energie und Tatkraft sich einer gewissen Berühmtheit erfreuen, von der letzten Verantwortlichkeit für diese Verhältnisse zu entbinden und daran zu zweifeln, daß er Mittel und Wege zu finden weiß, seinen Intentionen Geltung zu verschaffen.

Der Artikel erregte natürlich in ganz Dresden großes Aufsehen. Denn wenn selbst dieser Artikel in so hohen Tönen von der Energie und Tatkraft des Oberhauptes der Stadtverwaltung redet, so weiß man andererseits ganz genau, daß der Herr Oberbürgermeister mit seiner Energie und Tatkraft im Rate und in allen städtischen Dienstabteilungen mit seinen Ansichten immer durchdringt. Ja, man findet es geradezu lächerlich, wenn die Sache hier auf einmal so dargestellt wird, als sei der tatkräftige Oberbürgermeister das Opfer des liebenswürdigen, allzeit nachgiebigen, besonders aber gegen ihn nachgiebigen Herrn Bürgermeisters geworden. O nein, — die Dresdner Bürgerschaft wird sich durch solche Darstellung nicht blenden lassen, — denn sie weiß ganz genau, wenn auch die Dresdner Presse in dieser Angelegenheit eine gewisse, unter den obwaltenden Umständen leicht begreifliche Zurückhaltung bewahrt, — wer die Seele unserer großzügigen und glänzenden, aber auch sehr kostspieligen Finanzwirtschaft ist. Sie wird sich ganz besonders daran erinnern, wer zu Beginn des Jahres 1906 alles in so rosigem Lichte zu sehen beliebte, wer so „tatkräftig und energisch" auf die Steuerermäßigung drängte, um der Bürgerschaft einmal „eine kleine Freude zu machen." Die „Dresdner Arbeiterzeitung" erinnert mit Recht an die bekannte Rede Beutlers, in der er über die finanziellen Verhältnisse Dresdens sagte:

> „Wir wollen diese Steuerermäßigung nicht nur für die Dauer erhalten sondern, wenn irgend tunlich, in größerem Umfange eintreten lassen . . . Es läßt sich bei Festhaltung einer weisen Sparsamkeit die Hoffnung begründen, daß die vorgeschlagene Steuerermäßigung mindestens bis zum Jahre 1910 dauernd sein und vielleicht noch erweitert werden könne."

Diese Weisfagung hat sich nicht erfüllt und dem ist es zu danken, wenn die Dresdner Bürgerschaft, nachdem sie für kurze Zeit das Vergnügen einer kleinen Steuerermäßigung genossen hat, sich jetzt vor eine ganz unverhältnismäßig starke Erhöhung gestellt sieht.

* **Heims Rücktritt.** Der bayerische Zentrumsabgeordnete Dr. Heim, dessen Differenzen mit der Parteileitung im letzten Wahlkampfe zu Sonderlandidaturen der radikalen Heimschen Richtung gegen die offiziellen Parteikandidaturen geführt hatten, ist von seiner Landtagsfraktion nicht mehr in den Finanzausschuß gewählt, sondern durch Baron Moritz von Franckenstein ersetzt worden. Im Verdruß darüber ist Dr. Heim nunmehr aus dem Parteivorstand der bayerischen Zentrumspartei ausgetreten und will dem Landtag fernbleiben. Er ist bereits nach Regensburg abgereist, wohin seine bäuerliche Genossenschaftszentrale zum Herbst von Ansbach verlegt worden ist.

* **Bergarbeiterbewegung.** Wie die „Frankfurter Oder-Zeitung" aus dem Niederlausitzer Braunkohlenrevier meldet, dauerte Freitag der Streik fast ungeschwächt fort, doch sind Anzeichen vorhanden, daß Montag eine größere Zahl der Ausständigen die Arbeit wieder aufnehmen wird. Die Zahl der Streikenden betrug am Freitag abend 1329.

* **Korrektur.** Im gestrigen Abendblatt ist in der Notiz über den Beginn der preußischen Landtagsverhandlungen als Ostertermin 1908 statt 19. März 19. April zu lesen. Den Sinn des Artikels ändert dies wenig — denn auch knappe 3 Monate würden zu den dort angedeuteten Aufgaben kaum ausreichen.

* **Kleine Nachrichten.** Die Kommission zur Vorberatung der Grundzüge der neuen Beamtengehältervorlage, die von den einzelnen Ressorts durch Entsendung von Kommissaren gebildet worden war und seit dem 13. September unter dem Vorsitz des Geheimen Finanzrats Noelle aus dem Finanzministerium im Abgeordnetenhause tagte, hat Freitag abend ihre Beratungen beendet. Das Resultat der Konferenzen wird streng geheim gehalten. — Ein neuer Fall von Zeugniszwang wird uns in einem Privattelegramm aus Straßburg i. Els. gemeldet. Der Redakteur Schneider von der dortigen sozialdemokratischen „Freien Presse" wurde, als er in einem Preßprozeß das Zeugnis über die Autorschaft eines inkriminierten Artikels verweigerte, in Zeugniszwanghaft genommen.

Friedens-Konferenz.

* **Kommissionssitzungen.** Die dritte (Seekriegs)-Kommission beendete gestern ihre Arbeiten durch Annahme des Entwurfs über die Rechte und Pflichten der neutralen Staaten im Falle eines Seekrieges. Der aus 27 Artikeln bestehende Entwurf regelt die meisten der während des russisch-japanischen Kriegs entstandenen Streitfragen. Die erste Kommission erledigte die ersten drei Titel der Schiedsgerichtsvorlage über Aufrechterhaltung des allgemeinen Friedens, über die guten Dienste und Vermittlung, sowie über die internationalen Untersuchungskommissionen. Das Verfahren der letzteren hat besonders infolge der Erfahrung beim Huller Falle (Doggerbankangelegenheit) eine vollständige Neuregelung erfahren.

Ausland.

Oesterreich-Ungarn.

* **Aenderung der Uniformen.** Der Kaiser hat die Einführung der hechtgrauen anstatt der blauen Uniform für die Infanterie angeordnet. Die Einführung geschieht aus Gründen der Erfahrung im Buren- und im japanischen Krieg.

Frankreich.

* **Neue Deutschenhetze.** Der Besuch, den Kaiser Wilhelm nach seiner englischen Reise in Holland abstatten will, macht den journalistischen Politikern viel Kopfzerbrechen. Lautier im „Figaro" meint, daß auch dieser Besuch von dem Gedanken eingegeben sei, daß Deutschlands Zukunft auf dem Wasser liege. Rotterdam sei im Grunde schon ein deutscher Hafen, alle Banken dieser Stadt bis auf eine hingen von Deutschland ab. Deutschland brauche für seine Entwicklung einen holländischen und einen belgischen Hafen, und wenn es sein könnte, auch noch Triest, um seine Macht über das Mittelmeer auszudehnen. — Die Franzosen leiden an Verfolgungswahnsinn.

England.

* **Der Kaiserbesuch.** Das zur Vorbereitung der Empfangsfeierlichkeiten für den Deutschen Kaiser in der Londoner City gebildete Komitee versammelte sich zum ersten Male in der Guildhall. Sieben Firmen haben Konkurrenzentwürfe der goldenen Schatulle eingereicht, in der die Begrüßungsadresse der städtischen Korporationen dem Kaiser dargebracht werden soll. Man glaubt, daß eine Aufforderung zur Ausschmückung der Straßen veröffentlicht werden wird. — Mit dem lenkbaren Militärballon „Nulli Secundus" soll eine Fahrt von Farnborough nach Windsor ausgeführt werden, wenn Kaiser Wilhelm als Gast in dem königlichen Schlosse weilt. Das Luftschiff soll dem Herrscher dort vorgeführt werden. Es soll um das Schloß kreisen, sich langsam in den Park herablassen und nach der Besichtigung durch die königlichen Herrschaften wieder aufsteigen und nach Farnborough zurückfliegen.

Rußland.

* **Ein Witte-Dementi** ist folgendes aus Paris: „Soweit die „Agence Havas" bezüglich der auswärts verbreiteten Meldung, der russische Finanzminister Kokowzew habe gestern hundert Millionen Rubel Schatzscheine mit Hilfe Pariser Banken abgeschlossen, heute abend hat feststellen können, weil Minister Kokowzew hier in persönlichen Angelegenheiten und hat mit keiner Bank über irgend welche Anleihe verhandelt." — Erstens war gestern genau das Gegenteil gemeldet, nämlich Herr Kokowzew ziehe mit langer Nase von Paris ab. Zweitens sieht die restriktive Fassung des Vordersatzes einer Negation des Nachsatzes so ähnlich wie ein Ei dem andern. Es wird eben der Welt die schon anderweitig behauptete Tatsache wieder einmal eingeredet, daß die Frucht des Weinstockes den Säuren zugerechnet werden muß. In diesem kalten Sommer mag's stimmen.

* **Reorganisation des Festungswesens.** Die russische Regierung plant eine große Reorganisation des Festungswesens. Nach einem Beschluß des Kriegsministeriums sollen diejenigen Küstenfestungen, die keine strategische Bedeutung haben, sondern lediglich als Standorte der Flotte dienen, künftig aufgelassen werden, nämlich Sweaborg, Libau, Dünaburg, Batum und Kertsch. Dann werden nur drei Festungen an den Küsten verbleiben: Kronstadt für die baltische Flotte, Sewastopol für die Schwarzmeerflotte und Wladiwostok für die Flotte im Stillen Ozean. Diese sollen sämtlich bedeutend vergrößert werden; besonders bei der letzteren sollen die neuesten Erfindungen auf dem Gebiete des Festungswesens in ausgedehntestem Maße angewandt werden. Die Offiziere der fünf zur Auflassung bestimmten Festungen werden schon jetzt anderweitig untergebracht. Sämtliche Kommandeure, die seit einem Jahr keine andere Verwendung gefunden haben, werden als außerhalb des Zensus verabschiedet. — Die Schleifung von Batum war überhaupt durch den Berliner Frieden vorgeschrieben; aber Rußland hat sich niemals an seine Verträge gewissenhaft gebunden.

Kuba.

* **Greuel.** In Havanna wurden sieben Polizeibeamte vors Kriegsgericht gestellt. Die Anklage behauptet, daß sie Kubaner, die wegen antiamerikanischer Umtriebe verhaftet waren, mißhandelt hätten. 20 Gefangene werden vermißt. Es ist nicht ausgeschlossen, daß diese getötet wurden, damit sie nicht gegen die Peiniger aussagen könnten, ja, man befürchtet, daß die Zahl der Opfer noch größer sei.

Amerika.

* **Roosevelt redet viel, ist er auf Reisen.** Nun schon wieder in Memphis: In einer Ansprache vor der Deepwaterway-Konvention betonte Roosevelt die Notwendigkeit des Ausbaues der Wasserstraßen und die Hebung der Binnenschiffahrt. Der Präsident befürwortete die Erweiterung des Mississippi zu einer Wasserstraße von den großen Seen nach dem Golf von Mexiko und erklärte, wo immer ein schiffbarer Fluß neben der Eisenbahn verfließe, da werde das Problem der Ratenregulierung erleichtert. Die Flußregulierung bedeutet die Regulierung der Bahnraten. Der Panamakanal mache den Ausbau des Mississippi besonders notwendig. Er erklärte, die Erdarbeiten zum Kanalbau würden bereits in sechs Jahren beendet sein, der Bau der Schleusen und Dämme würde allerdings länger dauern. Die Vereinigten Staaten hätten auch den Schutz über den Panamakanal übernommen, das bedeute, daß sie, wenn sie sich nicht dem aussetzen wollten, von irgend einer starken Nation als schwacher und eitler Prahler angesehen zu werden, die Marine ausbauen und sie in höchster Schlagfertigkeit erhalten müßten. Hinsichtlich der Regulierung der Bahnraten handle Amerika wie alle zivilisierten Regierungen. Die unumschränkte Ausgabe von Bahnfreikarten ohne Aufsicht seitens der Regierung soll nicht gestattet sein, sie werde auch anderwärts nicht erlaubt. — So ziemlich dieselbe Rede glauben wir vorgestern schon gelesen zu haben. Damals war sie aus St. Louis datiert, und die Worte schienen ein wenig anders gereiht zu sein. Indessen machen wir Teddy aus der Duplette keinen Vorwurf, sondern der Berichterstattung.

* **Handelsminister Strauß über die Zollfrage.** Auf der Jahresversammlung der National Association of Cottonmanufacturers, der auch deutsche und andere ausländische Delegierte beiwohnten, warnte Handelsminister Strauß davor, die Zollschranken Amerikas zu hoch zu gestalten, weil man dadurch das Ausland zu gleichem Vorgehen veranlasse; er hatte in dieser Beziehung die Grenze für erreicht. Niemand habe dies deutlicher erkannt als Präsident Roosevelt, der für eine Tarifrevision eingetreten sei, um den Vereinigten Staaten einen angemessenen Anteil auf den Auslandsmärkten zu sichern. Strauß wies auch auf die Bedeutung der gelben Rassen als Abnehmer von Baumwolle hin und meinte, sie würden noch mehr amerikanische Waren kaufen, wenn man sich gut mit ihnen zu stellen wüßte. Er erinnerte auch an den vorjährigen Boykott amerikanischer Waren seitens der Chinesen, durch den der Absatz amerikanischer Baumwolle im Jahre 1906 eine Einbuße von zwanzig Millionen Dollar erlitten habe.

Nationalliberaler Parteitag.

S. u. H. Wiesbaden, 5. Oktober.
(Telegraphischer Bericht.)

In dem festlich geschmückten Saale des Paulinenschlößchens trat heute vormittag der Nationalliberale Parteitag zu seiner 10. Allgemeinen Vertreterversammlung zusammen. Die Beteiligung ist seit der gestrigen Zentralvorstandssitzung und seit dem Begrüßungsabend noch fortgesetzt gestiegen, so daß etwa 1000 Delegierte den Saal füllen.

Zu der heutigen Hauptversammlung haben sich noch weitere nationalliberale Führer eingefunden, so Justizrat Holz, Kaufmann Hüsch (Nürnberg), Geh. Rat Fritsch (Berlin), Vizepräsident des preußischen Abgeordnetenhauses Dr. Krause (Königsberg), Landtagsabg. Dr. v. Campe, Reichstagsabg. Prinz v. Schönaich-Carolath, Reichstagsabg. Semler (Hamburg), die Landtagsabgeordneten Dr. Schröder (Kassel), Dr. Boltz (Rattowitz), Generalleutnant v. Schubert, der Bundesdirektor des Evangelischen Bundes Licentiat Everling (Halle) u. a. m.

Telegramme.

Zu Beginn der heutigen Sitzung wurde an den Kaiser folgendes Huldigungstelegramm abgesandt: An des Kaisers Majestät! Ew. Majestät bringt der in Wiesbaden tagende aus allen Gauen des Reiches zahlreich beschickte 10. Allgemeine Vertretertag der nationalliberalen Partei ehrfurchtsvollen Huldigungsgruß dar. Paasche, Krause. — An die Großherzogin von Baden wurde folgendes Telegramm abgesandt: In tiefer Mitrauer empfinden die in Wiesbaden tagenden zahlreichen Vertreter der nationalliberalen Partei den schmerzlichen und schweren Verlust, den Ew. Königl. Hoheit durch den Heimgang des verewigten Großherzogs erlitten haben. Dankbar wird die Erinnerung erweckt an die treue und erfolgreiche Mitarbeit, welche der Großherzog in großer Zeit geleistet hat und in langer gesegneter Regierung an der Seite Ew. Königl. Hoheit zum Segen Badens und des Reiches bis zuletzt betätigt hat. Gott tröste Ew. Königl. Hoheit in ihrem Schmerz.

Eröffnung.

(Zum Gedächtnis Friedrichs von Baden).

Um 11½ Uhr eröffnete Reichstagsabg. Bassermann die Vertreterversammlung. Er hielt im Auftrage des Parteivorstandes und des geschäftsführenden Ausschusses die aus allen deutschen Gauen erschienenen Vertreter nationalliberaler Organisationen herzlich willkommen und führte weiter aus: Meine Herren! Der Delegiertentag steht unter dem Zeichen tiefster Trauer (die Delegierten erheben sich von den Sitzen). Nach schwerer Krankheit ist der greise Großherzog von Baden heimgegangen. Noch 2 Tage und es werden seine irdischen Reste der Erde übergeben. Er ist heimgegangen nach langen Jahren einer segensreichen Regierung. Die badische Gesetzgebung weist die Spuren seiner Regierungstätigkeit auf. Sein freier Sinn war dem politischen Fortschritt hold. Als Maßstab der badischen Gesetzgebung treten hervor die Schulen, Bahnen, Steuern, die in den letzten Jahren der Regierung ausgebaut wurden. Unter seinen Mitarbeitern klingen uns Namen entgegen, die vor allem auch zu den Kreisen nationalliberaler Männer gehören, Jolly, Eisenlohr usw. Weisheit, Wohlwollen, Milde, Bescheidenheit und Duldsamkeit, das waren des verstorbenen Großherzogs hervorragendste Eigenschaften, denen ein reiches Maß politischer Erfahrung zur Seite stand. Er war es, der in Baden schon in früheren Jahren es aussprach, daß kein feindlicher Gegensatz bestehen könne zwischen Fürstenrecht und Volksrecht, aber vor allem war er auch ein Deutscher, der schon im Jahre 1854 verwahrte, daß in der Einigkeit Deutschlands auch seine Unabhängigkeit begründet sei und so war er auch der berufene Mann, der, als die Jahren sich senkten, im Schlosse zu Versailles vor dem neuen deutschen Reiche, das erste Kaiserhoch ausbrachte. Allen Deutschen war er der Patriarch geworden. Wo er erschien in deutschen Landen, im letzten Dorfe, da gab es Jubel und Jünglinge aus aller Munde. Tausende sind ihm persönlich nahegetreten, tausende haben ihm die Hand gedrückt, haben ihm in die treuen, deutschen blauen Augen geblickt. An seiner Bahre trauert die Großherzogin Luise, des großen Kaisers Tochter, seine Pflegerin in schweren Tagen, an seiner Bahre trauert der Sohn, zu dem das badische Volk aufblickt in der Hoffnung, daß er die Regierung des großen Vaters in dessen Geiste weiterführen möge. An seiner Bahre trauern seine Landeskinder, alle Deutschen, die Deutschen, deren Vaterland er zusammenschmieden half. Er war, wie Kaiser Wilhelm II. gesagt hat, die Verkörperung des Reichsgedankens. In der Geschichte wird er weiterleben. Sein Name ist eingetragen in die Tafeln der Geschichte als der Name eines der deutschesten Männer seiner Zeit. Meine Herren! Sie haben sich zum Gedenken des Heimgegangenen von Ihren Plätzen erhoben, ich stelle das fest.

Die Versammlung stimmte dann der Absendung des Huldigungstelegramms an die Großherzogin von Baden zu.

Vorstandswahl.

Zum ersten Vorsitzenden des Parteitages wurde auf Vorschlag des Prof. Dr. Friedberg der Vizepräsident des Reichstags Prof. Dr. Paasche gewählt. Zum zweiten Vorsitzenden wurde der Vizepräsident des Preußischen Abgeordnetenhauses Geh. Justizrat Krause (Berlin) gewählt. Zum dritten Vorsitzenden wurde der Präsident des nassauischen Landesverbandes Geh. Kommerzienrat Bartling (Wiesbaden) bestimmt.

Reichs- und Landtagsabg. Dr. Paasche übernahm die Leitung des Parteitages mit Worten des Dankes. Er erklärte: Nur wenn die Partei in sich geschlossen und einig den großen Zielen zustrebt, die sie sich in ihrem Programm gesetzt hat, ist ersprießliches von den Verhandlungen dieses Parteitages zu erwarten. Ich hoffe, daß sie in diesem Geiste geführt werden mögen. (Lebhafter Beifall.) — Weiterhin wurden noch in den Vorstand gewählt die Reichstagsabgeordneten Graf Oriola und Dr. Junck (Leipzig), der Vorsitzende des Ortskomitees Geh. Justizrat Siebert (Wiesbaden) und die Generalsekretäre Breithaupt, Anding, Böttcher und der Generalsekretär des Reichsverbandes Zimmermann (Köln). — Darauf erklärte Dr. Paasche: Eine Partei, die wie die unsere stets für das Wohl des Vaterlandes eintritt, kann ihre Verhandlungen nicht beginnen ohne im Ausblick zu unserem erhabenen Monarchen. Dr. Paasche brachte darauf das Kaiserhoch aus, in das die Versammlung jubelnd einstimmte. — Darauf gelangte das Huldigungstelegramm an den Kaiser zur Versendung.

Begrüßung.

Namens der Wiesbadener Parteigenossen ergriff dann Landtagsabgeordneter Geh. Kommerzienrat Bartling (Wiesbaden) das Wort. Er bedauerte einleitend den Verlust des hiesigen Wahlkreises, der seit Bestehen des Deutschen Reiches stets von liberalen Männern vertreten worden sei. Bei den letzten Reichstagswahlen sei leider der Wahlkreis den Sozialdemokraten zugefallen. Das hätte nicht geschehen dürfen bei einem Wahlkreise, der das Wahrzeichen deutschnationaler Kraft und Größe, das Niederwalddenkmal in sich birgt. Es wäre auch nicht geschehen, wenn die Sozialdemokratie nicht von einer Partei Wahlhilfe empfangen hätte, die sich stets mit Vorliebe als Stütze von Thron und Altar bezeichnet hätte.

Darauf ergriff, mit stürmischem Jubel begrüßt, Reichstagsabgeordneter Bassermann das Wort, um über

des Reiches Politik

zu sprechen. Er erinnerte zunächst an die Enthüllung des Bennigsen-Denkmals in Hannover und an das, was dieser der Partei gewesen sei. Er möchte hoffen und wünschen, daß auch dieser Parteitag erfüllt sein möge von echt Bennigsenschem Geiste. (Lebhafter Beifall.) Er möge erfüllt sein von nationalen Gedanken, von dem Streben, den Nationalliberalismus zu fördern, von sozialem Empfinden und vor allem von dem Gefühl der Notwendigkeit der Einigkeit in unseren eigenen Reihen. (Lebhafter, anhaltender Beifall.)

Meine Herren! Nun zum Unterschied von Goslar, wo wir das vorige Mal zusammentraten, nach Wiesbaden. Wie stark hat sich seit Goslar die politische Lage verändert. In Goslar war die Stimmung: Zentrum ist Trumpf! und das Mißbehagen, daß dem so war, lagerte vor allem auf unseren Reihen. (Lebhafte Zustimmung.) Der Parteitag war vielfach erfüllt von Erörterungen über die Finanzreform und über das preußische Schulgesetz. Es gab vielfach unerquickliche Erörterungen, wobei die Geister hart aneinandergerieten. Die Einigung wurde hergestellt durch offene Aussprache. Und als über Nacht die neuen Wahlen kamen, da hat sich gezeigt, daß die Schwierigkeiten überwunden waren, und es hat sich gezeigt, wie segensreich wir in diesen Wahlen vorwärts gekommen sind.

Heute stehen wir

im Zeichen der Blockpolitik.

Wir haben in Goslar nicht daran gedacht, daß eine Krisis nahe war. Und doch ist sie über Nacht gekommen. Sie hat sich vorbereitet in den Sommertagen, die dem Parteitage vorangingen, in den Tagen, in denen das Reichs-Kolonialamt abgelehnt worden ist. Damals war zu erkennen, daß mit Einführung der Diäten im Zentrum eine Wandlung eingetreten war. In jenen Sommertagen,